

ULRICH

ÜBER DEN
VERLUST
DER WERTE

DER EHRLICHE
IST DER DUMME



HOFFMANN UND CAMPE BESTSELLER

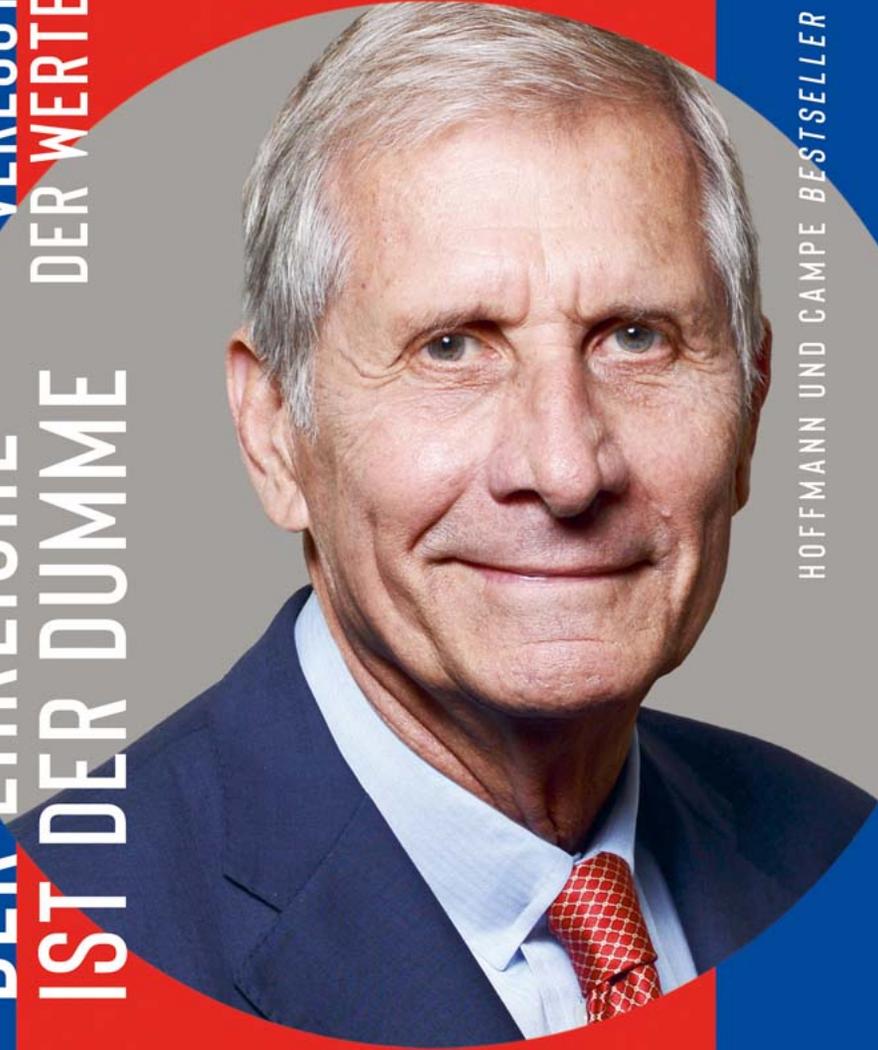
WICKERT



ULRICH

ÜBER DEN
VERLUST
DER WERTE

DER EHRLICHE
IST DER DUMME



HOFFMANN UND CAMPE BESTSELLER

WICKERT





Ulrich Wickert

Der Ehrliche ist der Dumme

Über den Verlust der Werte

Hoffmann und Campe

Für Catharina und Friedrich

Vorwort

Ein junger Mann ist tot. Er wurde erschossen von Mario N., weil der Zwanzigjährige an der Kasse einer Tankstelle von seinem Mörder verlangte, er möge bitte die Regeln einhalten. Die Regel besagte in diesem Fall, er müsse sich eine Maske aufsetzen. Eine Coronaregel. Mario N. war aber, wie seine Nachbarn später berichteten, ein Coronaleugner. Er ging nach Hause, holte eine Pistole, kehrte zur Tankstelle zurück und schoss dem jungen Mann in den Kopf. Der Polizei erklärte er, das Opfer sei »verantwortlich für die Gesamtsituation, da es die Regeln durchgesetzt habe«.

Ehrlich! Man ist ja wirklich der Dumme, wenn man sich an Regeln hält, oder etwa nicht? Es hat sich wohl nichts geändert, seitdem dieses Buch zum ersten Mal erschienen ist. Als kritischer Journalist fürchte ich, manche finden den Regelbruch auch noch »cool«.

So hat Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) im Sommer 2021 damit geprotzt, er habe während des Lockdowns bewusst gegen Coronaregeln verstoßen. Denn in seinem Wohnort Strande in Schleswig-Holstein seien Kneipen trotz Verbots geöffnet gewesen und »selbstverständlich« sei auch er dort gewesen. »Ich habe

von meinem Recht auf autonomes Handeln Gebrauch gemacht.«

Damit will er sagen, nur Dumme hielten sich an Regeln. Und wenn ein in der Öffentlichkeit häufig zu sehender Vizepräsident des Bundestages mit dem Regelbruch auch noch angibt, dann wird doch wohl auch der einfache Mann diesem Vorbild folgen dürfen.

An schlechten Vorbildern fehlt es leider nicht.

Bundestagsabgeordnete haben die Coronapandemie genutzt, um Hunderttausende Euro für ihre Vermittlung von Schutzmasken an das Bundesgesundheitsministerium abzusahnen, Tausende Betrüger sind ihrem Beispiel gefolgt und haben erfundene Hilfsanträge gestellt. Aber da folgen sie ja auch nur den Machenschaften großer Automanager, die jetzt vor Gericht stehen, weil sie ihre Kunden betrogen haben - im Abgasskandal. Oder sie folgen Bankern und Anwälten, die den Staat in Cum-Ex-Geschäften um Milliarden geprellt haben, indem sie sich ihnen nicht zustehende Rückerstattungen gleich zweimal auszahlen ließen. Sie haben von ihrem »Recht auf autonomes Handeln Gebrauch gemacht«.

Was bedeutet es denn, die Regeln der Gesellschaft zu befolgen? Sobald in einer noch so kleinen Gemeinschaft - etwa in einer Familie - mehrere Menschen zusammenleben, werden sie sich Regeln für den Umgang miteinander geben. Überall auf der Welt, wo größere Gesellschaften entstanden sind, entwickelte sich für das friedliche Leben miteinander die goldene Regel: »Was du

nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu.«

Um Menschen nun zu überzeugen, gesellschaftliche Regeln einzuhalten, bedarf es unter anderem auch der Lehrmeister, die ethische Werte vorleben.

Im Wahlkampf 2021 hat Olaf Scholz als Kanzlerkandidat der SPD unablässig mehr Respekt gefordert, den man sich gegenseitig erweisen möge. Respekt entspringt der Würde des Menschen.

Aber wird die Würde des Menschen nicht ständig missachtet?

Das beklagen täglich viele Menschen, die mit dem Einhalten von Regeln zu tun haben; Polizisten und Schaffner, Lehrerinnen, Krankenhausmitarbeiter und Kassiererinnen werden bedroht oder angepöbelt, weil sie ihre Pflicht ausüben.

Es wird ja auch viel gejammert über unkontrollierte Hass- und Gewaltaufrufe im Netz. Aber die Gesellschaft nimmt die Hass- und Gewaltaufrufe hin, als sei dieser Zustand gottgegeben. Weil Hass und Gewalt den Netzbetreibern Milliardengewinne in die Kassen spülen, traut sich der Staat nicht, »von seinem Recht auf autonomes Handeln« zugunsten einer respektvollen Gesellschaft Gebrauch zu machen, um den Verlust der ethischen Werte zu bekämpfen.

Es ist aber dringend notwendig, dass ethische Regeln wieder unser Zusammenleben bestimmen. Sonst bleibt es dabei: Der Ehrliche ist der Dumme.

Hamburg, im September 2021

Ulrich Wickert

Wertewandel und Werteverlust

Weshalb noch Normen?

Die Entfernung verzeichnet ein Bild ins Grobe; Feinheiten verschwimmen; nur Umrisse bleiben sichtbar; sie aber zeigen das Wesentliche. Beginnen wir deshalb weit weg, in einem Erdteil, der uns scheinbar wenig betrifft – im fernen Asien –, in China, dort, wo Laotse und Konfuzius lebten, die uns so viele Aphorismen hinterlassen haben. Dort, wo in diesem Jahrhundert Mao hundert Blumen blühen ließ und Deng anschließend den Weg aus der Ideologie zur Marktwirtschaft wies, ohne aber der Freiheit wesentlich mehr Raum zu geben.

Im Herbst 1993 reiste Lee Kuan Yew, der Staatsgründer und langjährige Ministerpräsident von Singapur, nach China und hielt in dem kleinen Ort Chü Fu, wo vor zweitausendfünfhundert Jahren der heute noch für seine Weisheit in Staatskunst und Gesellschaftspolitik verehrte Konfuzius lehrte, eine Rede über den Westen und die Bedeutung gesellschaftlicher Werte. Lee sagte, China müsse sich entscheiden, wie schnell es wirtschaftlich wachsen, welche traditionellen Werte es bewahren und welche es abwerfen wolle. Denn Länder, die sehr schnell

emporschössen, industrialisiert und modern würden, liefen stets Gefahr, einen Teil ihrer alten sozialen Strukturen zu verlieren. »Man muß immer einiges von dem Alten abstreifen, wenn man sich Neuem zuwendet«, erklärte Lee, »wenn aber die grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen nicht mehr geachtet werden, dann verliert die Gesellschaft ihre Wurzeln und verfällt.« Wie Konservative es gern tun, so forderte Lee dazu auf, die alten Familientraditionen zu wahren: »Das Grundproblem im Westen ist«, sagte er, »daß man dort glaubt, der wirtschaftliche Fortschritt dauere an, so daß es für Familien nicht notwendig sei, Kinder aufzuziehen – der Staat und die Regierung würden sich um sie kümmern; was ich für ein großes Risiko halte, denn noch keine Zivilisation hat das über einen langen Zeitraum hinweg mit Erfolg erprobt.«

Auch wenn man vom Osten in den Westen schaut, gilt der Satz, daß die Entfernung ein grobes Bild zeichnet. Außerhalb Chinas bestehen in Asien drei aus Kolonien hervorgegangene Gesellschaften, deren Wirtschaft und Kultur chinesisch geprägt sind: Hongkong, Taiwan und Singapur. Hongkong ist am meisten vom Westen beeinflusst, Singapur am wenigsten, und das dank der »Einsichten« von Lee Kuan Yew. Singapur, so Lee, werde sich nie in eine liberale, westliche Gesellschaft, ähnlich der in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten, verwandeln. Falls dies dennoch geschähe, würde Singapur »in der Gosse landen«: »Wir hätten mehr arme Menschen

in den Straßen, die im Freien schliefen, wir hätten mehr Drogen, mehr Verbrechen, mehr unverheiratete Mütter mit kriminellen Kindern, eine verunsicherte Gesellschaft und eine schlechte Wirtschaftslage. Die Schüler würden den Unterricht nicht mehr ernst nehmen. Sie würden ihren Lehrern nicht zuhören.«

Diese bisher unbekannte Herablassung gegenüber den europäisch geprägten Ländern sollte man nicht unterschätzen. Die von den westlichen Industriestaaten vorgenommene Aufteilung in Erste, Zweite und Dritte Welt galt während des Konflikts zwischen Kapitalismus und Kommunismus, während des Kalten Krieges, doch diese Kategorisierung ist längst überholt. Diese Einteilung wiegt politisch genauso wenig wie der Besitz der Atombombe, der nicht mehr das Gewicht eines Landes bestimmt, wie noch zu jenen Zeiten, als die Abschreckung notwendig war.

In den neuen Zeiten bekommen Wirtschaft und Zivilisation plötzlich eine ungeahnte Bedeutung. Es wird wahrscheinlich nicht so drastisch kommen, wie es der Harvard-Professor Samuel P. Huntington in seiner Studie »Zusammenstoß der Zivilisationen?«^[1] vorhersagt; dennoch werden die kulturellen Unterschiede der verschiedenen Zivilisationskreise – westlich, konfuzianisch, japanisch, hinduistisch, slawisch-orthodox, lateinamerikanisch, afrikanisch – an Bedeutung gewinnen, weil die einzelnen Weltregionen wirtschaftlich erstarren und in politischen Wettbewerb zu der einst herrschenden Zivilisation des Westens treten werden.

Um zu überleben, so Lee, müssten die Bürger von Singapur in diesem Wettbewerb mithalten, und dazu benötigte Singapur Kinder, die willig seien zu lernen, die produktive und kooperative Arbeiter würden, die einen angemessenen Teil am Gewinn ihres Unternehmens verdienen.^[2] Das Gesellschaftsziel scheint für Lee im wirtschaftlichen, also materiellen Erfolg zum einen und in sozialer Disziplin zum anderen zu liegen.

Wer nach Singapur reist, der kann diesen Erfolg besichtigen. Der Erhalt der Ordnung ist sogar wichtiger als die Wahrung der Menschenrechte. Die Regulierungswut geht weit: So ist es verboten, mit Hilfe einer Satellitenschüssel ausländische Fernsehsender zu empfangen. Bestraft wird, wer in öffentlichen Toiletten die Spülung nicht betätigt, wer eine Zigarette auf die Straße wirft oder um Zentimeter falsch parkt. Einem Politiker, der sich bestechen lässt, wird der seidene Schal zugeschickt, damit er sich nach alter Tradition selbst erhänge. Und bei Rauschgiftschmuggel oder »Vandalismus« ist zwingend die Auspeitschung vorgeschrieben. Zu sechs Hieben mit dem »Rotan«, der 120 Zentimeter lang, 1,3 Zentimeter dicken Peitsche, wurde 1994 der achtzehnjährige Amerikaner Michael Peter Fay verurteilt, weil er in Singapur Autos mit Farbe besprüht und getreten hatte. Die Strafe ist äußerst brutal, doch die von den Eltern von Michael Peter Fay in den USA veranstaltete Kampagne dagegen hatte kaum Erfolg: Vielmehr wollten die meisten Amerikaner derlei auch in ihrem Land einführen, vielleicht gäbe es dann in

New York und anderen großen Städten weniger Verbrechen. »Wer recht hat oder unrecht, das wird die Geschichte zeigen«, sagte Lee in Chü Fu und fügte hinzu: »Aber ich glaube, ich habe recht.«

Überzeugt, richtig zu denken, haben asiatische Länder das Kürzel NDC, mit dem sie vom Westen als »newly developing countries« (neu sich entwickelnde Länder) bezeichnet werden, für die alten Industrienationen süffisant umformuliert. Sie nennen den Westen jetzt auch NDC, was für sie jedoch bedeutet: »newly decaying countries« (neu verfallende Länder).

Vier kleine Zeichnungen, gedruckt in den wichtigsten Tageszeitungen der USA, dem zivilisatorischen Vorreiterland der »newly decaying countries«, zeigen einen Schüler, der so denkt, wie es einem westlichen Land entspricht, in dem die gesellschaftlichen Werte durcheinandergeraten sind.

In dem Comic strip »Calvin and Hobbes« geht ein Erstkläßler zu seiner Lehrerin, baut sich vor ihrem Schreibtisch auf, hält ihr ein Stück Papier hin und sagt im ersten Bild: »Miß Wormwood, ich möchte, daß Sie diesen Vertrag unterzeichnen.«

Im zweiten Bild erklärt der Schüler: »Es ist eine Vereinbarung, wonach Sie mir einen Ausgleich für jeden

Verdienstausschlag zahlen, den ich als Erwachsener wegen schlechter Volksschulerziehung erleiden könnte.«

Drittes Bild: Die Lehrerin beugt sich vor und weist mit dem Zeigefinger auf den Knaben: »Wenn du nichts lernst, liegt es an deiner Faulheit, nicht an mir. Geh zurück auf deinen Platz!«

Im vierten Bild sitzt der Knabe zornig auf seinem Stuhl, stiert auf das Pult und meint: »By Golly, irgend jemand muß doch zahlen, wenn ich nichts lerne.«^[3]

So drückt der Comic-Zeichner aus, wie heute gedacht wird. Die Lehrerin repräsentiert die Gesellschaft. Nach Ansicht des Schülers muß die Gesellschaft für seine Faulheit eintreten. Nicht er ist für sich selbst verantwortlich, sondern die Gesellschaft. Sie muß alles für ihn tun, weil er keine Lust zum Lernen (Arbeiten) hat. Da verweigert sich der Erstkläßler – als *pars pro toto* – nicht nur gegenüber der Gesellschaft, sondern zunächst gegenüber sich selbst. Er nimmt eine als anonym empfundene Allgemeinheit für seine individuellen Bedürfnisse in Anspruch, will aber keine Verantwortung für sich selbst, geschweige denn für andere – wie es das Leben in einer Gesellschaft erfordert. Das Verhalten des Schülers ist charakteristisch für die extrem von Egoismus und Hedonismus geprägte westliche »Überfluß«-Gesellschaft.

»Es gibt Leute, vor denen man sich ekelt«, mit diesen Worten begann ich in den »Tagesthemen« die Moderation zu einem Tabuthema aller westlichen Gesellschaften: Sex mit Kindern. Leute, die Kinder mißbrauchen, so stellte sich in der Sendung heraus, sind keine Monster, sondern scheinbar ganz normale Bürger, der Mann oder die Frau von nebenan. Keine Scham bremst sie, sich an den Kleinen zu vergreifen. Keine Tugend veranlaßt die anderen, einzugreifen, wenn sie davon erfahren.

Jedes vierte Kind, so sagen Fachleute, wird mißbraucht, doch meist schauen die Eltern oder die Verantwortlichen weg, wenn es passiert, weil ihnen dieser ungeheure Moralbruch peinlich ist. Es sei denn – sie sind selbst an der Untat beteiligt.

Im Frühjahr 1994 wurde eine Gruppe von zwanzig Männern und Frauen im mittelfränkischen Flachslanzen wegen Kinderschändung vor Gericht gestellt. Über Jahre hinweg hatten sie neun Kinder sexuell mißbraucht. Die Eltern selbst hatten ihre Söhne und Töchter im Alter von zwei bis zwölf Jahren für brutale Orgien zur Verfügung gestellt. Und als bei einem Kindergeburtstag die Kleinen von Erwachsenen vergewaltigt wurden, hielten die Eltern den schreienden Opfern den Mund zu, damit die perversen Handlungen mit einer Videokamera aufgezeichnet werden konnten. Verhalten die Eltern sich so, weil die Werte verfallen sind? fragt sich da der Bürger, der doch von »so etwas Ekligem« weit entfernt ist.

In Rostock steckten Jugendliche ein Ausländerheim an. Die Polizei hat zugesehen; die Bewohner des Ortes griffen nicht ein, sie haben die Gewalttäter eher noch ermutigt. In Mölln und in Solingen zündeten junge Männer nachts die Wohnhäuser türkischer Bürger an – Frauen und Kinder kamen dabei um. Auch damit hat der durch diese Nachrichten erschreckte Bürger nichts zu tun. Wirklich nicht?

Da hat sogar der ehemalige Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, Pater Basilius Streithofen, öffentlich gedonnert, die Juden und die Polen seien die größten Nutznießer des deutschen Steuerzahlers. Wenn ein Mann von solch gesellschaftlicher Stellung – Geistlicher und Kanzlerberater – so hetzt, darf sich dann der Normalbürger nicht an diesem Vorbild ausrichten? Es wurde Klage gegen Basilius Streithofen erhoben, der Pater wurde verurteilt, zahlte eine Buße und schwor, derlei öffentlich nicht mehr von sich zu geben.

Aber wenn man es auch nicht an die große Glocke hängt, so denkt doch manch einer: Mit den Ausländern gibt es tatsächlich »Probleme«. Das sagen Väter und Mütter am Abendbrottisch, an dem Halbwüchsige sitzen, die – vielleicht im Rausch – dann irgendeines dieser »Probleme« mit dem Zündholz lösen wollen. Denn viele von ihnen haben nicht gelernt, mit Problemen umzugehen. Ihnen fehlt das soziale Rüstzeug. Ihnen fehlen Wertorientierungen, die ein von der Gesellschaft gebilligtes Wollen und Handeln vorgeben; ihnen fehlen von der Gemeinschaft aufgestellte

Schranken, die sie vor Brandanschlägen, vor Mord oder Totschlag zurückschrecken lassen.

Das ist, meint der Durchschnittsbürger, nicht meine Welt. In welcher Welt aber lebt er, der als normal bezeichnete Bürger? Da wird gemeldet: »Bürgermeister, Landräte und Kommunalbeamte genehmigten sich drei Jahre lang mehr als das Doppelte der ihnen zustehenden Gehälter.«^[4] Das war kein Einzelfall, sondern es waren acht Landräte, 42 Bürgermeister und 68 kommunale Beigeordnete in Sachsen, fast alle Mitglieder der Christlich Demokratischen Union, die sich bis zum Zweieinhalbfachen der üblichen Gehälter auszahlen ließen. Trotz einer Rüge des Bundesrechnungshofes erklärte ein Sprecher des sächsischen Finanzministeriums: »Sehr ärgerlich, doch machen kann man da wohl nichts.«

Diese Herrschaften haben sich verhalten wie der Erstkläßler in dem Comic strip: Sie nehmen das Geld der anonym empfundenen Allgemeinheit für ihre individuellen Bedürfnisse in Anspruch. Und die Öffentlichkeit hat sich damit abgefunden, daß viele von denen, die nah an der Staatskasse sitzen, sich soviel wie möglich zu eigenen Gunsten auszahlen lassen, so als sei der Staat eine Gelddruckmaschine. Das Image der ehrlichen, hart arbeitenden Politiker, von denen es mehr gibt, als die Öffentlichkeit erfährt, ist längst in Mitleidenschaft gezogen

worden. Die Bürger könnten die sich selbst bedienenden Politiker zu ethischem Verhalten zwingen, indem sie bei Wahlen dieses gesellschaftsschädigende Verhalten abstrafen. Doch dann – so stellen sie bei genauerer Analyse resigniert fest – erlaubt ihnen die politische Wirklichkeit wegen des Wahlrechts und des Parteiengefüges kaum eine Alternative. Also nehmen sie hin, was geschieht.

Das Streben nach Geld, nach einem materiellen Wert, läßt schließlich auch den vermeintlich unbescholtenen Bürger seine ideellen Werte vergessen. Auf der gesellschaftlichen Skala der angesehenen Personen stehen Professoren als Vorbilder im Staat weit oben. Doch was verbreitet der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes? In Deutschland gebe es immer mehr Doktores, die ihren akademischen Titel zu Unrecht trügen. »Die Eitelkeiten und Karrieregelüste einer zahlungskräftigen Klientel«^[5] haben früher schon manchen – dafür von anderen belächelten – Menschen dazu verführt, sich einen ausländischen Titel zu kaufen, doch inzwischen bieten einige hundert deutsche »Promotionsberater« ganz offiziell Mithilfe bei der Doktorarbeit an, für bis zu 150000 Mark. »Verständnisvolle« Hochschulprofessoren an deutschen Universitäten sind bereit, die Dissertation eines »privaten Spenders« weniger genau zu prüfen als die eines ehrlichen Studenten. Und was Professoren recht ist, ist Rechtsanwältin billig: Eine schriftliche Arbeit für das

juristische Staatsexamen kann man sich gegen Bezahlung schreiben lassen.

Auch in diesem Bereich erleben wir das Versagen der Vorbilder. So ruft der Deutsche Hochschulverband nun diesen in der Gesellschaft herausragenden Personenkreis nicht etwa zu ethischem Verhalten auf, sondern geht den einfacheren Weg und fordert andere Prüfungsordnungen. Würde man die »verständnisvollen« Hochschullehrer dazu bewegen, zum ethischen Handeln von einst zurückzukehren – mit all den Einsichten und Pflichten, die daraus folgen –, würden sie den Mißbrauch aus eigener Einsicht einstellen. Ändern die Universitäten aber nur die Prüfungsordnungen, dann wird, wer auf Geld aus ist, Wege suchen und finden, um die neuen Verfügungen zu umgehen und weiterhin unethisch zu handeln.

»Irgend jemand muß doch zahlen«, denkt der Erstkläßler im Comic strip, der den normalen Bürger verkörpert, und irgend jemand zahlt immer. Die Deutschen sind die »Weltmeister« im Reisen. In den einsamsten Tälern Nepals trifft man sie, im Dschungel von Guyana, in Thailand, auf den Philippinen ... Und weil man nie weiß, was einem unterwegs widerfährt, versichert man sich. Rund siebzehn Mark kostet eine Auslandsreise-Krankenversicherung. Und dann sitzt der gesunde, versicherte Reisende an der Theke in Bangkok. Dort bietet der Barkeeper, der seine deutschen

Pappenheimer schon kennt, für dreihundert Mark Arztrechnungen an: »Diagnose: Magen- und Darminfektion. Aufenthaltsdauer: acht Tage. Ort: Thai-White-Star-Hospital. Gesamtbetrag 2800 Mark.« Die Klinik ist erfunden, solche Rechnungen wurden dennoch an Versicherungen geschickt.

Ein deutsches Ehepaar legte gleich zwei Rechnungen von den Philippinen vor, wo sie angeblich zur gleichen Zeit in zwei verschiedenen Krankenhäusern stationär behandelt worden waren. Der Sachbearbeiter der Versicherung wurde jedoch stutzig, als er auf die Landkarte schaute und feststellte, daß die Hospitäler tausend Kilometer auseinander lagen. Ein anderes Paar kam sich noch schlauer vor: Es hatte bei dreizehn privaten Krankenkassen Reiseversicherungen abgeschlossen und bei allen die gleichen gefälschten Belege über 70000 Mark eingereicht. Hätte der Coup funktioniert, wären die beiden fast Millionäre geworden.

So geht es auch anderen Versicherern: ein Pizzabäcker in Südwestdeutschland hatte seiner Frau ein Auto im Wert von 150000 Mark gekauft und vollkasko versichert. Dreimal widerfuhr ihm Pech, dreimal wurde das Auto geklaut, dreimal wollte er kassieren; doch beim letzten Fall stellte sich heraus, daß er zuvor einen Nachschlüssel zu dem Wagen hatte anfertigen lassen. Ein Einzelfall? Keineswegs.

In Deutschland wurden 1992 rund 131000 Autos im Wert von 1,3 Milliarden Mark gestohlen, doch es sind weniger Diebe unterwegs, als diese Zahl vermuten läßt. Das

Bundeskriminalamt schätzt den Anteil der vorgetäuschten Diebstähle auf dreißig bis fünfzig Prozent. Mit einer halben Million Betrugsfälle im Jahr rechnen die deutschen Autoversicherer, was die Taschen der betrügerischen Bürger um zwei bis vier Milliarden Mark füllt. Die Privathaftpflicht scheint manch einer als Zusatzeinkommen anzusehen, denn bei den Schadensmeldungen schätzt der zuständige Referent eines Versicherungsunternehmens die Betrugsversuche auf achtzig Prozent.

Nach einer Studie der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung, publiziert im Juli 1994, hat jeder vierte seine Privathaftpflicht schon einmal betrogen. Davor schreckt kaum jemand zurück, selbst diejenigen nicht, die sich als Verteidiger der Tugenden empfinden und den Benimm im Panier führen. Wenn etwa beim Kaisercorps Borussia in Bonn die Mannschaft wieder einmal über das Maß gebechert hat, dann tritt schon mal ein Sturzbetrunkener mit Gewalt eine Tür ein. Kaisercorps nennen sich die Borussen, da dort während des Kaiserreichs der Kronprinz Corpsbruder war, und heute noch fühlt sich diese Studentenschaft als edelste von allen. Eine mutwillig demolierte Tür, so berichtet ein Corpsmitglied, wird aber auch bei ihnen ein Fall für die Versicherung.

Der Betrug ist inzwischen ein Gesellschaftsspiel geworden, von dem man meint, man schade niemandem, höchstens den Versicherungen, denen man ohnehin »kriminelle« Machenschaften nachsagt. Und vom

Hilfsarbeiter bis zum Professor sind alle gesellschaftlichen Gruppen bei diesem Spiel vertreten. Das Freiburger Max-Planck-Institut erforschte, daß Versicherungsbetrüger häufig über Abitur und weiterführende Ausbildung verfügen – die kaufmännischen Berufe sollen sogar besonders häufig vertreten sein.

Betrug ist ein strafrechtlicher Tatbestand, dennoch kommen die meisten Versicherungsbetrüger ungeschoren davon, selbst wenn ihre Schadensmeldung als falsch auffliegt. Die Versicherungsfirmen wollen ihre Kunden nicht vergrätzen, und schließlich wird aus dem Versicherungsaufkommen gezahlt, also kostet es das Geld der Gemeinschaft der Versicherten, aber nicht des Unternehmens. Da andere zahlen, ist auch der Versicherungsgesellschaft am ethischen Verhalten ihrer Kunden nur wenig gelegen. Wer sich aber gemäß den Normen verhält, wird bestraft, denn er zahlt für seine Police einen unnötig hohen Betrag – und damit für den Betrug der anderen.

So stellt die Gesellschaft eine neue Spielregel auf: Der Ehrliche ist der Dumme.

Vernunft ist Utopie

Weil es inzwischen auch dem einfältigsten Ehrlichen dämmert, daß er der Dumme ist, beginnt er über die Ursache dafür nachzudenken. Und er stellt sich die Frage: »Was habe ich davon, wenn ich ehrlich bin?«

Übertragen in die Begriffswelt der Ethik heißt dies: »Welchen Sinn macht es, wenn ich Gutes will und entsprechend handle?« Was zu der eigentlich völlig überflüssigen Frage führt: »Was für ein Sinn steckt in dem Wort ›gut‹?« Denn was »gut« ist, sollte jeder wissen. Wenn es schon so weit ist, daß solch banale Begriffe in Frage gestellt werden, dann sind die Wurzeln der Gesellschaft angegriffen.

Solange der politische Gegensatz von rechts und links offensichtlich war, hie Kapitalismus, dort Sozialismus, wußte fast jeder, was gut und was böse war, und damit schien alles sehr einfach. Zwei Ideologien, zwei Wertesysteme, standen sich gegenüber. Der ideologische Gegner war immer der Böse, im Umkehrschluß vertrat man selbst das Gute. Spätestens mit der deutschen Einheit fand dieser Gegensatz ein Ende, weil die politischen Systeme der sozialistisch-kommunistisch regierten Hälfte der Welt zu Grabe getragen wurden. Und ohne die

Herrschaftssysteme hatte auch die sozialistische Ideologie im staatlichen Bereich keine Existenzberechtigung mehr.

Wenn nun das Denkschema wegfällt, wonach soll man sich dann richten? Was macht Sinn, was ist Unsinn?

Was die daraus resultierende Sinnkrise bewirkt hat, läßt sich leicht in der Außenpolitik darstellen: Ein Konflikt wie der in Jugoslawien konnte unter den »alten« Umständen gar nicht ausbrechen. Wäre er trotzdem entstanden, dann wäre er anders gelöst worden. Der Westen hätte sich herausgehalten, denn die Respektierung der Einflußsphären gehörte zu den ungeschriebenen Abmachungen der Weltpolitik. Der Ostblock hätte das Problem mit eigener Gewalt gelöst – wie in Budapest 1956 oder in Prag 1968, oder auch wie später in Polen, wo der Westen nicht gewagt hätte einzugreifen. Nun stehen sich seit Ende der achtziger Jahre Ost und West nicht mehr als Gut und Böse, nicht mehr als Todfeinde, gegenüber. Rußland wird zwar gerade noch als Weltmacht akzeptiert, und Moskau beansprucht diese Rolle ganz bewußt, aber der Gegensatz beruht nicht mehr auf Ideologien. Ideologien sind nichts anderes als ganzheitliche Wertesysteme. Und weil diese Wertesysteme weggefallen sind, fehlen in vielen Bereichen die Maßstäbe, die den Willen und das Handeln bestimmen.

Aber es sind nicht nur die Maßstäbe weggefallen, sondern auch ein anderes, wesentlich mit der Durchsetzung moralischer Regeln verbundenes Element: die Pflicht. In der kapitalistischen wie auch in der

kommunistischen Gesellschaft wurde jeder durch die Ideologie in die Pflicht genommen. Es war Pflicht, nicht gegen die Interessen des eigenen Systems zu verstoßen. So war unethisch, was dem Gegner diente.

Ein Beispiel: Die westliche Gemeinschaft schützte sich durch eine Ausfuhrverbotsliste (Cocom) gegen eine zu schnelle technologische Entwicklung der Sowjetunion. Regelmäßig trafen sich Diplomaten geheim in Paris und gingen die Liste durch, auf der vermerkt war, welche zivilen Güter (Computer etc.) nicht an den Ostblock verkauft werden durften. Nach dem Wegfall des ideologischen Gegensatzes gibt es diese Liste nicht mehr. Jetzt ist gut, was einst böse war. Jetzt macht der Unternehmer nämlich seinen Gewinn und sichert Arbeitsplätze, wenn er nach Moskau, Kiew oder Baku verkauft, was einst verboten war.

Daß die ehemaligen Ostblockländer eine Sinnkrise durchmachen, leuchtet jedem ein, denn ihre Gesellschaften wurden mindestens vierzig Jahre lang von der kommunistischen Ideologie geprägt. Zwar wurde diese Ideologie anders verwirklicht als im Ideal vorgegeben, doch als Ziel hatte man immer noch ein gerechteres Leben für den Menschen vor Augen, und viele – auch Intellektuelle – glaubten daran. Wenngleich die Menschen in diesen Staaten wenig wirtschaftlichen Erfolg und politische Freiheit hatten, Gegner der Regierung gefoltert, ja, in Gulags eingesperrt oder unter Stalin millionenfach umgebracht wurden, so wissen die Menschen nach dem